

„Zerschlagung nicht gewünscht“

VG STROMBERG Vertreter des Landes verweist in Ratssitzung auf Notwendigkeit der Fusion mit VG Langenlonsheim

Von Jens Fink

STROMBERG. Zahlreiche Zuhörer verfolgten die Sitzung des Verbandsgemeinderates, der über eine mögliche Fusion mit der benachbarten Verbandsgemeinde Langenlonsheim diskutierte, wobei die Information im Mittelpunkt stand. Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) sprach sich für eine „Eins zu eins-Fusion“ aus,

„*Langenlonsheim und Stromberg sind schön, aber zusammen sind sie vielleicht noch schöner.*“

Rainer Schmitt, SPD

die für Stromberg durchaus „Chancen“ beinhalte. Auch könnten die Verwaltungsgebäude weiterhin genutzt werden. Jedenfalls dürften die Mitarbeiter der Verwaltung jetzt nicht verunsichert werden, betonte Denker. Sie sprach sich gegen eine Zersplitterung der VG aus, bei der einzelne Dörfer, ähnlich wie im Falle der VG Bad Münster am Stein Ebernburg (BME), anderen Verbandsgemeinden zugeschlagen würden – was auch einige anwesende Ortsbürgermeister befürchteten.

Den Befürchtungen trat Gunter Fischer vom Landesinnenministerium entgegen. Eine Zerschlagung der VG Stromberg sei nicht gewünscht. Er verwies auf die vorgegebene Gesetzeslage, wonach Verbandsgemeinden, die wie Stromberg weniger als

12.000 Einwohner hätten, mit anderen Verbandsgemeinden fusionieren sollten. „Wir reden nicht über das Ob, sondern über die Frage, wie eine Fusion umgesetzt werden kann“, die bis 2019 erfolgen solle. Dabei gehe „Freiwilligkeit vor Zwang“ und Fusionen solle es grundsätzlich nur innerhalb der Landkreise geben, betonte Fischer.

Ausnahmen, betonte der Sprecher des Innenministeriums, müssten da schon sehr fundiert begründet werden. Da Rüdesheim bereits fusioniert habe, komme für Stromberg im Landkreis nur noch Langenlonsheim in Frage. Wichtig sei, Strukturen zu erhalten, und anders als im Fall BME „das Personal mitzunehmen“. Teile der Verwaltung könnten in Stromberg belassen

werden. Falls sich die beiden Verbandsgemeinden nicht auf einen vom Land „präferierten“ Zusammenschluss einigten, könnte am Ende die „Zwangsfusion“ stehen, machte Fischer indes auch klar.

Marlies Klauer (WGS/WGP) erkannte, dass eine kreisübergreifende Fusion angesichts der gesetzlichen Vorgaben kaum möglich sei und wollte letztlich die „realistischen“ Möglichkeiten einer Fusion ausloten. „Wir halten von den Fusionsplänen nichts“, hielt aber Stadtbürgermeisterin Clarin Hering (CDU) dagegen, die Stadt und Gemeinden als „Hauptleidtragende einer aufgezwungenen Fusion“ ausmachte, die Waldlaubersheims Bürgermeister Volker Müller Späth als „so überflüssig wie Bauchweh“ bezeichnete. Seine

Seibersbacher Kollegin Marita Spreitzer appellierte, die Bürger mit einzubeziehen. „Der Bürgerwille ist ein Aspekt aber nicht der alleinige Faktor“, entgegnete Fischer, was im Saal einige Unruhe auslöste.

Forderung nach ergebnisoffener Diskussion

Gerhard Keuser (SPD) forderte, die Diskussion um eine Fusion „ergebnisoffen“ zu führen. Dass die CDU in der AZ behauptet habe, die Bürgermeisterin schiele mit einer Fusion schon auf ihren vorzeitigen Ruhestand, sah Keuser dem Umstand geschuldet, „dass die CDU ihre Wahlunterlagen nicht verkraftet“ habe.

Dass eine Fusion tatsächlich Einspareffekte erzielen würde,

bezweifelte CDU-Fraktionssprecher Benjamin Hilger und verwies auf entsprechende Gutachten. Als „Juniorpartner“ habe die VG Nachteile zu befürchten – etwa beim Freibad und der Verwaltung. Hilger sah hingegen aufgrund der wirtschaftlichen Lage Strombergs „gute Chancen, selbstständig zu bleiben“. Zudem gebe es einfach keine „Nähe zwischen Daxweiler und Bretzenheim“. Eine Fusion bringe erst nach rund zehn Jahren sichtbare Einsparungen, die aber langfristig erfolgten, widersprach da Fischer.

„*Es gibt keine Nähe zwischen Daxweiler und Bretzenheim.*“

Benjamin Hilger, CDU

Dies sei doch ein Grund, eine Fusion zu wagen und „modern und in die Zukunft gerichtet zu denken“, meinte Sozialdemokrat Rainer Schmitt. Es gelte, „eine politische Utopie zu entwickeln“, an deren Ende eine VG Guldenbachtal stehen könne: „Langenlonsheim und Stromberg sind schön, aber zusammen sind sie vielleicht noch schöner.“

Fischer stellte für die Fusion einen von Hilger als „Hochzeitsprämie“ gewerteten Landeszuschuss von zwei Millionen Euro in Aussicht. Bis zum Sommer 2017 sollten die beiden Verbandsgemeinden jedenfalls „liefern“, machte Fischer unmissverständlich den vom Land angedachten Zeitplan für eine Fusionsentscheidung deutlich.



Bürgermeisterin Anke Denker verfolgte interessiert die Diskussion, in der Gunter Fischer (r.) vom Innenministerium die Fusionspläne des Landes erläuterte.
Foto: Jens Fink